

Internationaler Frauentag am 8. März

Wir wollen Brot und Rosen

Am 8. März ist Internationaler Frauentag. Weltweit. Der Internationale Frauentag geht zurück auf einen Beschluss der II. Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz in Kopenhagen im Jahre 1910. Dort hatte Clara Zetkin, die spätere kommunistische Alterspräsidentin des letzten freigewählten Reichstages, den Antrag eingebracht, jährlich einen Kampftag der Frauen zu veranstalten.

Der Internationale Frauentag geht zurück auf einen Beschluss der II. Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz in Kopenhagen im Jahre 1910. Dort hatte Clara Zetkin den Antrag eingebracht, jährlich einen Kampftag der Frauen zu veranstalten.

Der 8. März wurde vorgeschlagen, weil am 8. März 1917 mit einer Frauendemonstration in Petrograd in Russland die Februarrevolution ausgelöst wurde. Sie demonstrierten unter der Losung: ‚Brot! Nieder mit dem Krieg! Nieder mit dem Absolutismus!‘ Es folgten die Arbeiter der wichtigsten Rüstungsbetriebe, die in den Streik traten und demonstrierten. Eine Lawine wurde losgetreten. Die Revolution begann.

Zu Ehren der Rolle der Frauen in der Revolution wurde auf der *Zweiten Internationalen Konferenz kommunistischer Frauen* 1921 in Moskau auf Vorschlag der bulgarischen Delegation

Rüstung, Krieg, für politische und soziale Rechte, Unabhängigkeit und Mündigkeit der Frau, für eine friedliche und selbstbestimmte Gesellschaft.

Vieles wurde in den Jahren nach 1918 erreicht. Frauen erhielten das Wahlrecht, ein Lohngesetz für Heimarbeiterinnen und ein Mutterschutzgesetz konnten durchgesetzt werden, ehe 1933 die Nazis die Regierungsgewalt ergriffen und mit ideologischen Kampagnen und brutaler Gewalt Gewerkschaften und Frauenbewegung gleichermaßen bekämpften und zerschlugen. Für die Frauen im Widerstand, im KZ, in der Emigration war der Frauentag Erinnerung an eine bessere Vergangenheit und Hoffnung auf die Zukunft.

Nach dem Krieg wurde der Internationale Frauentag besonders von Gewerkschafterinnen weiterhin begangen.

Mit dem verstärkten Aufkommen der Frauenbewegung gewann dieser Tag wieder eine größere Bedeutung. Nicht nur die Arbeiterbewegung nutzte diesen Tag. Mittlerweile begehen ihn viele gesellschaftliche Kräfte, wenn auch nicht in dem Umfang wie in den ehemaligen sozialistischen Ländern, wo dieser Tag zum Teil sogar Feiertag war.

Der 8. März steht symbolisch für den Kampf der Frauen für das Recht auf Arbeit, für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen, gegen Gewalt von Männern, für die Gleichstellung von Mann und Frau.

Not und Armut sind auch heute in erster Linie weiblich, geschaffen von Politik und Unternehmen, auch von jenen, die meinen die Gleichberechtigung wäre erreicht, wenn in der Schrift die Geschlechter-Lücke, oder auf schlaue Gender-Gap, richtig angewandt wird. Schon heute können viele nur als Aufstockerin durchs Leben kommen. Und selbst wenn sie 45 Jahre arbeiten, sie werden in der Altersarmut enden. Eine Schande!

Das ist nicht nur ein Skandal, der zeigt, wie man hierzulande mit Frauen umgeht. Diese Lohndrückerei trifft auch die Männer, ob im Gesundheits- oder Sozialbetrieb oder auch sonst wo.



der 8. März als internationaler Gedenktag eingeführt.

In erster Linie sollte an diesem Tag international für die Einführung des Frauenwahlrechtes gestritten werden. Der Frauentag wurde zum öffentlichen Ausdruck des Kampfes gegen Bevormundung, Unterdrückung, Ausbeutung,



ver.di:

Die Gewerkschaft der Frauen

Rein rechtlich sind Frauen in Deutschland seit Jahrzehnten gleichberechtigt. Von tatsächlicher Gleichstellung kann dennoch vielerorts keine Rede sein. Das gilt insbesondere auf dem Arbeitsmarkt, wo Frauen trotz besserer Abschlüsse und gleichwertiger Qualifikationen



schlechter bezahlt und seltener befördert werden als Männer.

Typische „Frauenarbeitsplätze“, etwa im Gesundheits- und Sozialbereich, im Handel oder



bei den Büroberufen, werden deutlich niedriger entlohnt als vergleichbare „Männerjobs“ in der Industrie. Frauen sind weit überproportional von Niedriglöhnen betroffen; ein

Großteil von ihnen arbeitet Teilzeit oder in Minijobs – auch weil die Gesellschaft sie mit der Verantwortung für Kinder und Alte alleine lässt und die Versorgung mit Milliardenbeiträgen subventioniert.

Auch den Männern wird geholfen

ver.di kämpft gegen die strukturelle Benachteiligung von Frauen und leistet dazu politische Lobbyarbeit gegenüber Politik und Wirtschaft: für die Abschaffung des Ehegattensplittings, für eine gute, flächendeckende Kinderbetreuung und für Maßnahmen, die Männern und Frauen helfen, ihre beruflichen und familiären Aufgaben besser unter einen Hut zu bekommen. Die eigenständige Existenzsicherung von Frauen gehört für ver.di zu den politi-



schen Kernforderungen. Denn nur wo sie ökonomisch und sozial unabhängig sind, können Frauen ihr Leben selbst in die Hand nehmen und unsere Gesellschaft nach ihren Vorstellungen mitgestalten. Voraussetzung dafür sind sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze statt Minijobs, die Durchsetzung des Rechts auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit und die Verwirklichung betrieblicher Chancengleichheit. Dafür macht ver.di sich stark.



Über eine Million weibliche Mitglieder

Denn ver.di ist die Gewerkschaft der Frauen. Mit über einer Million weiblicher Mitglieder und



einem Frauenanteil von über 50 Prozent ist sie die größte Gewerkschaft für Frauen in Deutschland. Geschlechterdemokratie ist für ver.di eine Querschnittsaufgabe, die alle Ebenen der Dienstleistungsgewerkschaft betrifft. Dazu hat sie als einzige deutsche Gewerkschaft die Frauenquote in ihrer Satzung verankert und einen eigenständigen Bereich Genderpolitik geschaffen. Der Bereich „Frauen und Gleichstellung“ ist als eigenes Referat bei der Bundesverwaltung angesiedelt. Zusätzlich sorgen Frauenvertreterinnen in den Landesbezirken, die Bundesfrauenkonferenz und der von ihr gewählte Bundesfrauenrat dafür, dass die Stimmen der Frauen in ver.di gehört und ihre wirtschaftlichen, sozialen, beruflichen und kulturellen Interessen berücksichtigt werden. In der Bildungsarbeit bietet ver.di eigene Workshops und Seminare zu Themen wie Frauengesundheit, Wissensmanagement oder der Thematisierung von Konflikten für Frauen an.



ver.di Saar am 14. März:

Die Schuldenbremse schadet uns

Schuldenbremse? Ausgeglichener Haushalt? Schwarze Null? Was genau ist das alles? Warum ist ein Sparkurs schädlich für Konjunktur, Wirtschaft und Gesellschaft – was braucht es stattdessen? Fragen, mit denen wir uns am 14. März um 18 Uhr auf unserem Treffen im Saarbrücker ver.di-Haus beschäftigen wollen. Dazu haben wir als fachkundige Referentin Kollegin Dr. Patricia Bauer eingeladen. Sie ist Diplom-Volkswirtin und Diplom Politikwissenschaftlerin und arbeitet in der Abteilung Wirtschafts- und Umweltpolitik der Arbeitskammer des Saarlandes.

Was ist die Schuldenbremse?

Die Schuldenbremse ist ein finanzpolitisches Instrument. Die Schuldenbremse soll dafür sorgen, dass Bund und Länder nicht wesentlich mehr Geld ausgeben, als sie einnehmen. Sie begrenzt die Höhe der Neuverschuldung. Genauer gesagt: der sogenannten strukturellen Neuverschuldung. Hierfür wird die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung (Konjunktur) berücksichtigt bzw. herausgerechnet.

Die Schuldenbremse erlaubt dem Bund jährlich neue Schulden in Höhe von maximal 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu machen. Gemessen am BIP von 2022 bedeutet das z. B., dass der Bund Kredite von höchstens 13,5 Milliarden Euro aufnehmen dürfte.

Das gilt jedoch nur bei einer "normalen" Konjunktur. Gibt es beispielsweise einen Abschwung, ist der Spielraum für neue Schulden geringer. Das ist ein Problem, denn dadurch kann der Staat nicht in dem Umfang gegensteuern, der nötig wäre, um die Menschen bedarfsgerecht zu entlasten und die Wirtschaft zu stabilisieren. Die Abschwungstendenz wird verstärkt. Das liegt daran, dass die Berechnungsmethode für die Neuverschuldung den finanziellen Spielraum systematisch falsch bemisst. Die Finanzpolitik wirkt somit prozyklisch.

Der Sparkurs verschlimmert die Lage

Klar ist, dass die Schwarze Null ökonomisch schädlich ist, weil sie den Staat zwingt, bei schwächeren Steuereinnahmen im Abschwung zusätzlich zu sparen, so die Nachfrage weiter drosselt und den Abschwung verschlimmert. Doch die Schuldenbremse soll eigentlich anders konstruiert sein: Sie erlaubt eine „strukturelle“ Neuverschuldung des Bundes bei konjunktureller Normallage von 0,35 Prozent der Wirtschaftsleistung (BIP). Je nach konjunktureller Situation (Rezession oder Boom) wird dieser Spielraum größer oder kleiner. So wer-

den zwar immer noch Investitionen behindert, aber immerhin soll sichergestellt werden, dass der Staat in einer Krise mehr Schulden machen kann, um gegenzusteuern.

Bei der Prüfung, ob die Schuldenbremse eingehalten wird, wird deshalb auch geschätzt, an welcher Stelle sich eine Volkswirtschaft im aktuellen Konjunkturzyklus gerade befindet. Dazu wird – auch für Deutschland – eine Methode der Europäischen Kommission verwendet. Der relevante Indikator ist die so genannte Produktionslücke, also der Unterschied zwischen tatsächlichem BIP und dem BIP, das bei Normalauslastung der Volkswirtschaft potenziell möglich wäre. Ist die Produktionslücke positiv (über Null), gilt die Wirtschaft als „überausgelastet“, eine antizyklische Fiskalpolitik müsste den Gürtel enger schnallen. Ist die Produktionslücke negativ, sollte der Staat die Produktion antreiben, indem er u. A. Schulden aufnimmt.

Das Problem: Studien zeigen, dass die Berechnungsmethode der Produktionslücke dazu neigt, im Aufschwung dessen Ausmaß zu unterschätzen und im Abschwung das Maß der Unterauslastung klein zu rechnen. Der Grund: Wenn die Kommission einen Abschwung erkennt und die Prognose für das reale BIP-Wachstum absenkt, sinkt auch das errechnete potentielle Wachstum. Im Ergebnis wird die negative Produktionslücke auf dem Papier kleiner, obwohl sie in der Realität größer wird. Die Folge: Ein konjunktureller Abschwung wird schnell als gar nicht konjunkturbedingt eingeordnet. Entsprechend sinkt der erlaubte Verschuldungsspielraum unter der Schuldenbremse und der Staat muss dem Abschwung hinterherhelfen. Das erlaubte Defizit von 0,35 Prozent des BIP bei normaler Konjunktur würde derzeit rund 12 Mrd. Euro betragen. Da aber das (falsch berechnete) strukturelle Defizit betrachtet wird, sind tatsächlich nur 5 Mrd. Euro erlaubt – als wäre die Wirtschaft noch deutlich überausgelastet.

Die falsche Produktionslücken-Berechnung und prozyklische Ausgestaltung sind längst nicht die einzigen Argumente gegen die Schuldenbremse, sie zeigen aber, wie fatal das Instrument in einem Abschwung wirkt.

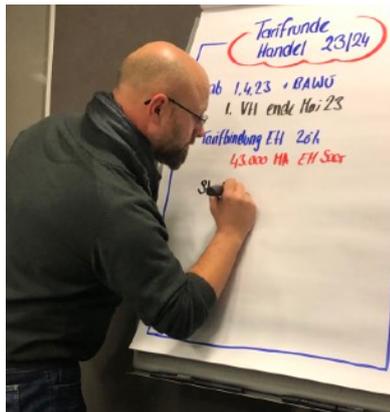
Alex Sauer zu Gast:

Tarif-Blockade brechen

Die tarifpolitische Lage im Handel ist unverändert ernst. Einerseits wissen viele Beschäftigte nicht mehr, wie sie die fortwährende Preissteigerung bei den wichtigsten Lebensmitteln und das weiterhin hohe Preisniveau bei Strom, Heizenergie und Sprit bewältigen sollen. Andererseits zeigen die Arbeitgeber des Handels kein Einsehen. Sie blockieren weitere Tarifverhandlungen.

Die Kolleginnen im Handel kämpfen für gute Arbeitsbedingungen und höheren Lohn. Sie wollen ihren Anteil an den steigenden Gewinnen. Aber die Arbeitgeber wollen nicht. Was sie anbieten, bedeutet Reallohnverlust. Wertschätzung bedeutet das sicherlich nicht. Aber die Arbeitgeber wollen auch gar nicht weiter verhandeln und die Gewerkschaftskolleginnen kämpfen mit viel Ausdauer. Aber sie sind zu wenige.

Argumente helfen nicht weiter. Wir brauchen Macht. Also geht es um die Frage, wie kann man Macht aufbauen, damit man uns endlich ernst nimmt und was kann dabei die anderen Fachbereiche in ver.di machen. Wie ist die Strategie und Taktik. Diese Fragen waren im



Ortsverein Saar schon Ende letzten Jahres diskutiert worden. Also lud man vom Handel den Gewerkschaftssekretär Alex Sauer ein, um sich aus erster Hand eine Einschätzung geben zu lassen

und, um gemeinsam zu überlegen, was man zur Unterstützung tun könnte. Am 15. Februar war das der Hauptpunkt der Versammlung des OV Saar der ver.di.

„Für uns im Handel ist wichtig: Gut bezahlte, sozial- und umweltverträgliche Arbeit gemeinsam mit den Beschäftigten durchsetzen, so laut Alex Sauer die Herangehensweise. Wir diskutierten sehr intensiv, kameradschaftlich und außerordentlich ehrlich und selbstkritisch. Neben diesem Hauptthema befasste sich die Versammlung wie jedes Mal mit aktueller Poli-

tik aus gewerkschaftspolitischer Sicht. So wurde von der Streikaktion der Kollegen des ÖPNV auf der Rheinbrücke in Mainz und von der beeindruckenden Demo Bunt statt Braun berichtet. Dazu hatte der Ortsverband ein eigenes Flugblatt unter der Überschrift „Der rechten Politik den Kampf ansagen“ erstellt, das große Aufmerksamkeit erzielte. Dort hieß es u.a.: „Gegen rechte Politik zu sein, ist mehr als die AfD als reaktionäre Partei mit faschistischen Flügel zu bekämpfen. Es geht um Inhalte. Die vielzitierte starken Schulter müssen mehr von den Lasten tragen. Wer Sozialabbau betreibt ist reaktionär und stärkt die Rechten.“ Schließlich berieten die Kolleginnen und Kollegen noch ihre Aktionen zum Internationalen Frauentag nächsten Monat. Der Ortsverein wird zwei Betriebsaktionen und den Streik im Handel aktiv unterstützen.

Die nächste Versammlung findet am 14. März statt. Da geht es dann schwerpunktmäßig um die Schuldenbremse.

11. März

DGB lädt zum Frühlingsempfang

Auf dem diesjährigen Frühlingsempfang des DGB im Saarrondo in Saarbrücken wird neben der Regionsgeschäftsführerin der DGB Region Saar-Trier, Simone Bibel, und Timo Ahr, dem stellvertretenden Vorsitzenden des DGB Rheinland-Pfalz/Saarland auch die Ministerpräsidentin Anke Rehlinger erwartet. Die Veranstaltung findet am Montag, 11. März 2024 ab 18 Uhr im Saarrondo in der Europaallee 4 A in Saarbrücken statt.

Wer teilnehmen möchte, melde sich bitte bis zum 4.3.24 über <https://t1p.de/dgbemfang> oder Telefon 0681 40001 - 0 an.

A red and purple poster for the DGB Spring Reception 2024. The text on the poster includes: 'Deutscher Gewerkschaftsbund Rheinland-Pfalz Saarland DGB', 'DER DGB LÄDT EIN ZUM FRÜHLINGSEMPFANG 2024', 'MONTAG, 11. MÄRZ 2024', 'EINLASS: 18:00 UHR', 'BEGINN: 18:30 UHR', 'SAARRONDO EUROPAALLEE 4A 66113 SAARBRÜCKEN', and 'ZUKUNFT GESTALTEN WIR.' in a large white circle. At the bottom right, it says 'in Rheinland-Pfalz und dem Saarland'.

Termine für die aktive saarländische ver.dianerin

Ausdrucken und an die Kühlschrantür hängen

<p>Sonntag, 3.3.24 - 11 Uhr, Filmhaus, Mainzers. 8 Saarbrücken</p>	<p>„Call Jane“ Film. Es geht um Frauenrechte, Selbstbestimmung und Solidarität. Veranstalterinnen: Frauenbüro der Landeshauptstadt und Frauenbeauftragte der Eigenbetriebe</p>
<p>Donnerstag, 7.3.24 - 17 Uhr Filmhaus, Mainzers. 8 Saarbrücken</p>	<p>Barbie – der Film! Ist das Feminismus oder kann da weg? Film & Diskussion. Staatssekretärin Bettina Altersleben lädt ein. Moderation Barbara Wackernagel-Jacobs, Filmproduzenten und Ministerin a.D. Anmeldung erforderlich: h.-schweitzer@soziales.saarland.de</p>
<p>Freitag 8.3.24 - 9:30 Uhr Arbeitskammer, Großer Saal, Saarbrücken</p>	<p>Frauenpolitisches Frühstück Veranstalterinnen: DGB & Arbeitskammer Anmeldung bis 1.3.: AnmeldungenSaar@dgb.de</p>
<p>Freitag 8.3.24 - 14:00 Uhr Bahnhofstraße, Saarbrücken</p>	<p>Stoppt Femizide! Aktionsstand des FrauenForums Saarbrücken</p>
<p>Freitag 8.3.24 - 18:00 Uhr Max-Ophüls-Platz, Saarbrücken</p>	<p>Internationaler Frauenkampftag: Bekämpft patriarchale Gewalt. Demonstration des Bündnisses Internationaler Frauenkampftag</p>
<p>Sonntag, 10.3.24 - 11 Uhr Kino Achteinhalb, Nauwieserstr. 19, Saarbrücken</p>	<p>„Oma und Bella“ Film, Eintritt 5 Euro inkl. Crémant Veranstalterin: Frauen in der SPD, Saarbrücken-Stadt, Anmeldung erforderlich: britta-blau@gmx.de</p>
<p>Donnerstag, 14.3.24 - 18 Uhr ver.di Haus, St. Johanner Str. 49 Saarbrücken</p>	<p>Kampf der Schuldenbremse. Öffentliche Veranstaltung der ver.di OV Saar mit Patricia Bauer von der Arbeitskammer.</p>
<p>Freitag, 15.3.24 - 18:30 Uhr Kino Achteinhalb, Nauwieserstr. 19, Saarbrücken</p>	<p>Frauen auf der Flucht: Solidarität ohne wenn und aber. Film „Stimmen der Flucht - die Frauen im Camp“. Danach Gespräch. Rechtsanwältin Rana Issazadeh berichtet im Anschluss über Asylverfahren und Abschiebungen, Veranstalterin: Frauenpolitisches Forum der DKP</p>
<p>Samstag, 16.3.24 - 19:30 Uhr Theater im Viertel, Landwehrplatz 2, Saarbrücken</p>	<p>Clara Z. Kämpfen, wo das Leben ist. Schauspiel von Anja Panse. Eintritt 15 Euro Veranstalterinnen Peter Imandt Gesellschaft/Rosa Luxemburg Stiftung, VVN-BdA in Zusammenarbeit mit dem Theater im Viertel. Karten unter: https://dastiv.de/karten-clara-z/</p>
<p>Montag, 18.3.24 - 18 Uhr Breite63, Breite Str. 63, Saarbrücken</p>	<p>Wie die Rechten die Frauen linken - Lieber solidarisch als solide arisch. Vortrag Ulrike Held, Psychotherapeutin, Tübingen; Veranstalterin: Frauenverband Courage</p>
<p>Mittwoch, 20.3.24 - 18:30 Uhr Festhalle Güdingen, Saargemünder Str. 161, Saarbrücken</p>	<p>Feminismus und Gleichheit. Gesprächsrunde mit Barbara Spaniol, Christine Hein und Gabriele Ungers. Veranstalterin: LAG LISA Linke Frauen</p>
<p>Donnerstag, 21.3.24 - 19 Uhr FrauenGenderBibliothek Saar, Großherzog-Friedrich-Str. 111, Saarbrücken</p>	<p>„Global Female Future“: Care - der Weg von unsichtbarer Arbeit zu sichtbaren Protest mit Andrea Ernst, Herausgeberin des Sammelbandes; Veranstalterinnen: Arbeitskammer, FrauenGenderBibliothek, htw saar und Netzwerk Entwicklungspolitik im Saarland</p>
<p>Samstag, 23.3.24 - 14 Uhr Therapiezentrum am Schenkelberg, Saarbrücken</p>	<p>Nicht auf den Mund gefallen. Argumentationstraining gegen antifeministische Sprüchekloperei mit Petra Melchert vom Adolf-Bender Zentrum. Eintritt: 25 Euro, Veranstalterin: Frauenmantel-Frau im Zentrum e.V. Anmeldung: mail@frauenmantelev.de</p>